Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 60.— Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447—51

Nr. 47 | Hamburg, den 19. November 1920 | 5. Jahrg.

Der Stand der Ernährungswirtschaft

Nach der deutschen Macht und dem internationalen Recht, nach der dynastischen Monarchie und dem proletarischen Marxismus ist auch das Gebäude unserer Ernährungswirtschaft zusammengebrochen. Es war, nach Zielen und Mitteln, Mengen und Dimensionen betrachtet, ein gigantisches Werk, und es ist besser als sein Ruf gewesen. Die Angreifer waren zu neun Zehnteln Interessenten und Demagogen, die Verteidigung war meist lau und oft lahm. Es hat in der Leitung nicht an klugen, kräftigen und bedeutenden Fachleuten gefehlt, doch haben sich nicht die politischen Führer gefunden, die das von den Fachleuten als notwendig und nützlich Erkannte zur Angelegenheit der Nation machten und den Willen der trägen und widerstrebenden Massen in Stadt und Land unter das Gebot der Stunde zwangen. So blieb die Ernährungswirtschaft ein Streitapfel der Parteien und der Interessen, ja es schien manchmal dem unbeteiligten Urteiler, als ob die Angriffe auf die „Zwangswirtschaft" nur schwach erwidert wurden, um die Kritik von anderen empfindlicheren Stellen der Politik abzulenken. Es wäre besser gewesen, die Kritik hätte einen Teil des Eifers, den sie der Ernährungswirtschaft zu widmen pflegte, den Methoden der Industrie- und Finanzpolitik zugewendet. Daß die Ernährungswirtschaft zusammengebrochen ist, wird diesen nicht zuletzt verdankt. Sie haben es bewirkt, daß das Gebäude jede Tragkraft verloren hat, nicht die Fehler im Grundriß und Aufbau, die nicht geleugnet werden können, die aber nicht den Einsturz zur Folge gehabt hätten, wenn nicht die Mauern durch steigendes Grundwasser ständig unterspült worden wären.

Der Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft ist eine Folge der Inflation. Die „Zwangswirtschaft" war ein Versuch, die Versorgung des deutschen Wirtschaftsgebiets nach Art zuerst einer belagerten Festung, dann einer mittelalterlichen Stadt zu regeln. Man sah zunächst nur das Verteilungsproblem: so glaubte man es mit einem irgendwie bereitstehenden Vorrat zu tun zu haben und alle Sorge war darauf gerichtet, daß dieser Vorrat nicht dem Verbrauch entzogen und daß er dem Käufer zu mäßigen Preisen angeboten wurde. Es wurden Höchstpreise festgesetzt, schließlich wurden die Vorräte beschlagnahmt und nach einem zentralen Plane verteilt. Der Begrenzung des Gewinnes beim Verkäufer entsprach eine Begrenzung des Verbrauches beim Käufer. Sobald man es nicht mehr mit vorhandenen Ernten zu tun hatte, sondern für künftige Kriegsjahre vorzusorgen hatte, wurde das Problem der Verteilung durch das Problem der Produktion überschattet, doch sah man nur den Schatten und nicht das Schattenwerfende. Der alte Gegensatz von Stadt und Land, der den Gang der deutschen Geschichte von je gestört und gefährdet hat, brach wieder auf und äußerte sich in einem zähen, erst stillen, dann immer lauteren Streit um die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Die Stadt forderte, daß das Land ihr Brot und Gemüse, Fett und Fleisch zu Friedenspreisen, zuzüglich eines Aufschlags zur Deckung erhöhter Produktionskosten, zur Verfügung stellte. Das Land hielt die Aufschläge nicht für genügend und zeigte sich schon über die Form der Bewirtschaftung erbittert. Der Bauer ist ein unstaatliches Wesen, dem alle zentralistische Regelung ein Greuel ist. Es darf gefragt werden, ob die Organe der ländlichen Selbstverwaltung alles, was in ihren Kräften stand, getan haben, um diesen instinktiven oder wohlüberlegten Widerstand zu brechen; aber man muß zugeben, daß es unmöglich wurde, den Landmann zu gemeinwirtschaftlicher Arbeit anzuhalten, als der Industrie gestattet wurde, das privatwirtschaftliche Interesse bis zur Weißglut anzufachen.

Dies ist mit dem Wechsel unserer industriellen Kriegswirtschaftspolitik geschehen, der sich an das im Jahre 1917 durchgeführte „Hindenburg-Programm" knüpft. Um die zur Durchführung der militärischen Pläne nötigen Munitions- und Materialmengen zu beschaffen, hielt man es im Waffen- und Munitions-Beschaffungamt für nötig, die Preisbildung freizugeben. Mit diesem Augenblick begann die endgültige Zerrüttung der deutschen Währung, der deutschen Finanzen und des deutschen Ernährungssystems. Die Inflation wurde in Permanenz erklärt, die Kurve der Kriegskosten stieg steil an, der Abstand zwischen Kriegskrediten und Kriegsanleihen vergrößerte sich von Halbjahr zu Halbjahr, die Festlegung von Preisen und Gewinnen der Landwirtschaft aber war aus inneren und äußeren Gründen unhaltbar geworden. Dies ist an dieser Stelle bereits im März 1918 ausführlicher dargelegt worden. („Die Ursachen des verbotenen Handels", „W.-D." Jahrgang 3, Halbband I, S. 302 f.)

Es ist unmöglich, von dem Landmann zu fordern, daß er in dem mittelalterlichen Gedankenkreis des „justum pretium" verharrt, wenn diese Forderung sich nicht gegen jeden Deutschen richtet. Es ist unsinnig, auf die Innehaltung der behördlich vorgeschriebenen Preise zu hoffen, wenn Monat für Monat, Woche für Woche, Tag für Tag neue Kaufkraft geschaffen wird, die das Mißverhältnis von Angebot und Nachfrage immer phantastischer werden läßt. Als man daran ging, die Zwangswirtschaft abzubauen, war sie garnicht mehr da. Es gab noch Paragraphen, die beseitigt werden konnten, aber kein Gebäude. Die Inflation hatte Mauern und Moral, Inventar und Intransigenz längst weggespült. Es gab Preise, die von

den Behörden festgesetzt wurden, aber zu denen keine Ware zu kaufen war; es gab andere Preise, zu denen keine Ware verkauft werden durfte und zu denen sie doch allein zu haben war. Man stritt noch über die Methode der rechten Erfassung, aber man übersah, daß alle diese Methoden nicht ausreichen konnten, den wachsenden Überdruck der vermehrten Kaufkraft auszugleichen. Es war also geboten, dem System auch den Paragraphen nachfolgen zu lassen. Solange die Inflation andauert, werden alle Preisregelungen so sinnvoll sein wie das Spiel einer Katze, die den Schatten eines bewegten Dinges auf dem Boden zu greifen sucht.

Es ist heute nicht die Zeit, den Fall der Zwangswirtschaft zu beklagen oder zu bejubeln, sondern einzusehen, daß dieser Fall unabwendbar war. Weder die geistig-moralischen noch die materiell-finanziellen Vorbedingungen sind für das Gefüge der Kriegsernährungswirtschaft noch vorhanden. Es kann heute nicht mehr daran gedacht werden, ein lückenloses System zentraler Bewirtschaftung für alle Nahrungsmittel aufzubauen. Fraglich ist nur, ob auch die noch wirklich oder scheinbar aufrecht stehenden Reste des alten Baues eingerissen werden oder ob sie, ganz oder teilweise verändert, in die neue Form der Wirtschaft übernommen werden sollen.

Die Reichsregierung hat aus der schon seit Monaten deutlich werdenden Lage der Dinge den Schluß gezogen, daß sich die Aufhebung der Bewirtschaftungsvorschriften für Kartoffeln und Fleisch, Gemüse und Eier, Fische und Obst, Ölfrüchte und Mais, Kaffee und Tee, Kakao und Marmelade, Margarine und Auslandskäse nicht mehr vermeiden lasse. Diese Waren sind also dem freien Handel zurückgegeben worden. Die Regierung besteht aber auf der Fortdauer der Zwangswirtschaft für Brot- und Futtergetreide, Milch, Milchprodukte und Zucker.

Bei einigen freigegebenen Waren sind Beschränkungen der Einfuhr aus dem Ausland bestehen geblieben; so bei Kaffee, über dessen Einfuhrkontingentierung ein lebhafter Streit zwischen der Reichsregierung und den Hamburger Händlern entstanden ist, und bei Salzheringen, bei denen es gelungen sein soll, durch die Salzheringseinkaufsgesellschaft eine Reihe sehr langfristiger Lieferungsverträge über etwa 1 Mill. tons abzuschließen, durch die sich das Reich besondere Finanzierungsmöglichkeiten gesichert hat; die Fortdauer zentralisierter Einfuhr wird mit dem Zusammenschluß der holländischen, norwegischen und englischen Verkäufer zu zentralistischen Ausfuhrgesellschaften begründet, denen der einzelne Abnehmer machtlos gegenüberstände; doch soll trotzdem nach neuen Meldungen eine kontingentierte Einfuhr „freier" Salzheringe zugelassen werden. Andere Waren, z. B. Mais, unterliegen keiner Einfuhrbeschränkung. Der Zweck der Maßnahme ist klar: die Einfuhr dieses Futtermittels soll möglichst gesteigert werden, um die Verfütterung von Brotgetreide einzudämmen. Ob aber dieser Zweck zurzeit erreicht wird, ist einigermaßen fraglich, da gegenwärtig die Tonne Mais über 4000 ℳ, die Tonne inländischen Weizens sehr viel weniger kostet. Die gewünschte Wirkung würde wahrscheinlich nur eintreten, wenn die Mark auf dem höchsten Stand, den sie im Sommer erreicht hat, verblieben und nicht wie heute fast auf die Hälfte dieses Standes gesunken wäre. Wie start anderseits die deutsche Valuta durch die unbeschränkte Einfuhr von Mais belastet werden kann, zeigt die Erwägung, daß heute zur Bezahlung von 1 Mill. tons ein Betrag von über 4 Milliarden ℳ aufgewendet werden müßte. Das Reichsbankdirektorium hat denn auch schon im September gegen die freie Einfuhr anderer Waren, insbesondere auf dem Gebiet der Futterwirtschaft, ernste Bedenken erhoben: „im Sinne unserer Finanzpolitik liege es, daß nach innen soweit irgend möglich freie, nach außen gebundene Wirtschaft getrieben werde".

Bei den wichtigsten der freigegebenen Waren hat sich die Reichsregierung die Möglichkeit verschafft, durch Schaffung von Reserven ausgleichend und krisenverhindernd zu wirken. Die Reichsfleischstelle verfügte am 1. Oktober, dem Tag der Außerkraftsetzung der Fleischzwangswirtschaft, über mehr als 70 000 Tonnen Auslandsfleisch, Auslandsspeck und sonstiger Fleischwaren. Sie wird bestrebt sein, diese Reserve ständig auf 30 000 Tonnen zu erhalten: auf diese Weise ist für den Notfall die wöchentliche Verteilung von 125 g Fleisch auf den Kopf der Bevölkerung, also die bisher gelieferte Ration, die allerdingt mehr ein Erinnerungssymbol als ein wirkliches Nahrungsmittel gewesen ist, für drei Monate wenigstens in den großen Bedarfsgebieten, also für etwa 20 Millionen Menschen, gesichert. — Bei der Schmalzversorgung hat das Reich vorläufig die Verteilung noch beibehalten. Die Reichsfettstelle hält eine ständige Reserve von 20 000 Tonnen, aus der die bisherigen Rationen weiter ausgegeben werden. Diese Rationen können von dem Verbraucher ergänzt werden durch die von dem Handel eingeführte Ware. Der Verkehr mit Margarine und Kunstspeisefett ist dagegen ganz freigegeben worden.

Verwickelter liegen die Verhältnisse bei der Kartoffelversorgung, aber gerade sie sind die lehrreichsten. Die Aufschlüsse, die der Minister Hermes darüber jüngst in einer Reichstagsrede gegeben hat, zeigen deutlich, in einem wie flüssigen Stoffe sich die Entschließungen der Regierung bei der Regelung der Ernährungswirtschaft bewegen müssen, und wie wenig die üblichen Kannegießereien über den bösen Willen der Landwirtschaft, die Wirkungen des freien Handels und die mangelnde Voraussicht der Regierungsstellen hier der wirklichen Verkettung der Dinge gerecht werden.

Die Erfahrungen des Winters 1919/20 hatten gezeigt, daß die öffentliche Bewirtschaftung der Kartoffeln mit den zu Gebote stehenden Mitteln nicht durchgehalten werden konnte. Die Verteilung mußte während der Wintermonate zeitweilig eingestellt werden, Reserven hatte man nicht beschaffen können, die Bevölkerung mußte auf eigene Faust durch den Schleichhandel oder durch Hamsterfahrten den Mindestbedarf zu sehr hohen Preisen decken: Durch Einfuhr von holländischen, dänischen und polnischen Kartoffeln wurde es möglich, schließlich wieder regelmäßig mit einigen Unterbrechungen wöchentlich ein bis zwei Pfund auf den Kopf der Bevölkerung zu verteilen. Das Reich aber wurde durch die Abgabe der Ware unter dem Einstandspreis zu Verbilligungszuschüssen in Höhe von 600 Mill. ℳ gezwungen.

Das Reichswirtschaftsministerium erkannte schon im Januar 1920, daß ein Festhalten an den bisher festgestellten Preisen für die heimischen Kartoffeln nicht mehr möglich sei. Nach eingehenden Verhandlungen mit Produzenten und Konsumenten wurde beschlossen, einen Mindestpreis von 25 ℳ für den Zentner zu gewähren. Die Aussichten für das Wintergetreide waren sehr schlecht. Man strebte also den vermehrten Anbau von Kartoffeln an, da man diese Hackfrucht als geeigneter für den Ausgleich des schlechten Wintergetreideertrages ansah als Sommergetreide. Daher setzte man den Preis so fest, daß er nicht nur die „Gestehungskosten" deckte, sondern eine Prämie für vermehrten Anbau enthielt.

Diese Prämie ist nach einer Feststellung des Ministers Hermes durch die inzwischen erfolgte Erhöhung der Gestehungskosten jetzt auf Null reduziert worden.

Im Februar begannen unter dem Druck der Kartoffelnot in den Städten der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, als Vertreter der Produzenten, und der Deutsche Städtetag, als Vertreter der Konsumenten, unter Zuziehung von landwirtschaftlichen Genossenschaften und von Handelsorganisationen über den Abschluß von Lieferungsverträgen

zwischen Genossenschaften und Kommunalverbänden zu verhandeln, durch die die Versorgung der Städte mit Kartoffeln sichergestellt werden solle. Das Reichswirtschaftsministerium wurde von diesen Verhandlungen unterrichtet und nahm an ihnen seit Mitte März teil. Als das neue Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft gegründet wurde, fand es einen fertigen Plan sämtlicher beteiligter Interessenten vor, nach dem die Landwirtschaft verpflichtet werden sollte, eine Menge von 70—80 Mill. Zentner für die städtische Bevölkerung sicherzustellen. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hielt dies Angebot der Landwirte für ungenügend und erreichte es, daß es auf 120 Mill. Zentner erhöht wurde. Diese Menge hätte ausgereicht, der gesamten versorgungsberechtigten Bevölkerung eine Wochenkopfration von sechs Pfund zu sichern. Auch gegen die Festsetzung des Lieferzuschlags auf 5 ℳ hat die Regierung Einspruch erhoben; sie hat sich erst damit abgefunden, nachdem sich die Vertreter des Städtetages mit diesem Preiszuschlag einverstanden erklärt hatten.

Die Vertreter des Städtetages haben nach den Mitteilungen des Ministers Hermes die Ausdehnung der Lieferungsverträge auf 120 Mill. Zentner dankbar begrüßt. Die Kommunalverbände aber haben solche Verträge schließlich nur in Höhe von 32 Mill. Zentner abgeschlossen (entsprechend einer Wochen- und Kopfration von 1½ Pfund). Sie fürchteten das Risiko, das sie bei rückgängiger Konjunktur treffen könnte, das sie aber nach der Meinung der Regierung nicht ablehnen konnten, wenn nicht die ganzen Lasten des Vertrages der Landwirtschaft zufallen sollten. Es war damals die Ansicht verbreitet, daß nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft der freie Handel imstande sein würde, Kartoffeln zu wesentlich niedrigeren Preisen als 30 ℳ (Mindestpreis plus Lieferungszuschlag) abzugeben (vgl. z. B. die Voraussage in dem Aufsatz des Abgeordneten Gothein, „Berliner Tageblatt" vom 1. Juli 1920). Diese Auffassung, die auch in einem Teil der Landwirtschaft vertreten wurde, ist durch den Gang der Ereignisse, hier wie bei ähnlichen Gelegenheiten, nicht bestätigt worden. Es wäre auch seltsam gewesen, wenn die fortdauernde Inflation nicht das Preisniveau trotz etwas reichlicherer Marktversorgung in die Höhe getrieben hätte.

Die Regierung findet diese Entwicklung unbefriedigend; sie wirft den Vertretern der Kommunen vor, eine nach den Bedürfnissen des Augenblicks ausgerichtete Augenblickspolitik getrieben zu haben, und hat die Ausfüllung der von jenen gelassenen Lücke wenigstens zum Teil auf eigene Faust unternommen; zur Ergänzung jener 32 Mill. Zentner hat sie weitere 20 Mill. Zentner als Reichsreserve erworben, so daß die gesamte Kartoffelreserve in diesem Jahr die Menge der im vorigen Wirtschaftsjahr dem Konsum insgesamt zugeführten Kartoffeln immerhin um 7 Mill. Zentner übersteigen wird. Die Regierung beklagt es, daß auch die Anmeldungen auf die Lieferungen aus der Reichsreserve erst sehr spät erfolgten, so daß sie infolge des Frostes zum Teil nur mit Verspätung ausgeführt werden konnten. Dennoch sind die im Herbst zu liefernden 60 % der beiden Reserven jetzt abgerufen und im Besitz der Kommunal- und Industrieverbände. Der Rest soll im Frühjahr möglichst in gleichmäßigen Wochenraten abgenommen werden. Die Ergebnisse der Ernte gelten als günstig. In Preußen hat sich eine Steigerung der Erträge ergeben, über deren Größe und Herkunft folgende Zusammenstellung Auskunft gibt:

	1919	1920	Zunahme
Anbaufläche	1 344 091 ha	1 635 390 ha	21,77 %
Hektarertrag	110,9 dz	125 dz	12,6 „
Gesamternte	149 Mill. dz	204 Mill. dz	37,13 „

In dieser glücklichen Entwicklung wird man zum guten Teil eine Folge der im Januar inaugurierten Preispolitik zu sehen haben. Das Ergebnis ist um so erfreulicher als die deutsche Brotversorgung sich in einer der schwersten Krisen befindet, die sie seit Kriegsausbruch zu bestehen hatte.

Kurt Singer

Der Elektro-Montantrust

Die Mehrheit des Verständigungsausschusses für die Kohlensozialisierung hat ihr Gutachten abgegeben. Das darin entwickelte Programm über die Konzentration der Produktionsmittel deckt sich im ganzen und großen mit den Motiven und Bestrebungen, die zur Bildung des gewaltigen Elektro-Montantrustes Deutsch-Luxemburg - Gelsenkirchen - Siemens-Schuckert geführt haben.

Es wird erklärt, daß „unter Ablehnung aller Trustbildungen aus lediglich finanziellen Tendenzen durch Bildung von natürlichen Interessengemeinschaften zwischen Kohlenbergbau und Weiterverarbeitung die höchste Produktivität gewährleistet werden" könne. Der Produktionsprozeß müsse bis in die höchste Verfeinerung ausgedehnt werden. Die Selbstkosten seien herabzudrücken, indem die benötigten Brennstoffe den Zwischen- und Endindustrien in den richtigen Sorten und zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt würden. Im Gegensatz dazu würde durch Verwirklichung der Vorschläge des Sozialisierungsausschusses nur erreicht, daß die natürlichen Zusammenhänge zwischen Bergbau und weiterverarbeitender Industrie und schließlich Verbrauch gelöst oder geschwächt und wenn nicht dies, so doch festgelegt und erstarren würden.

Wenn nun auch die finanziellen Tendenzen bei den Zusammenschlüssen nicht im Vordergrund stehen sollen und zu stehen brauchen, so sind sie doch von großem Einfluß auf die Konzentrationsbewegung gewesen. Durch die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich und das französische Mandat über das Saargebiet hat eine Reihe kapitalkräftiger Unternehmungen wichtige Betriebsteile verloren. Als Entschädigung dafür sind größere Geldbeträge bezahlt worden oder in Aussicht. Sie suchen Anlage und fallen besonders ins Gewicht, wo sie in Auslandsvaluta ausgedrückt werden. Auch steuerliche Gründe veranlassen zu Fusionen. Die Montanwerke haben große Gewinne erzielt und halten Ausschau nach geeigneten Abschreibungsobjekten.

Aber diese rein privatwirtschaftlichen Motive stehen nicht allein da, sondern sind gepaart mit schlechthin wirtschaftlichen und allgemein volkswirtschaftlichen. Es ist eine Wechselwirkung vorhanden, nicht zum Schaden der Geesamtentwicklung. Gründe verschiedenster Art treiben hier zu den gleichen Zielen.

So ist die Benutzung der in Elsaß-Lothringen frei werdenden Geldsummen zu Angliederungszwecken nicht in das Belieben der Werksleiter gestellt, sondern zwingendstes Gebot aus der Natur der Dinge heraus. Die Werke müssen Ersatz suchen für die Einbuße und den Kräfteverbrauch, den der Betriebsorganismus durch jene Amputation erlitten hat. Die Anlagen in Lothringen, dem Saargebiet und Luxemburg verdankten ja ihre Entstehung nicht irgendeinem Zufall, sondern der inneren Notwendigkeit organischen Wachstums. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. zum Beispiel war beteiligt an französischen Erzkonzessionen in St. Piromont und Villerupt und besaß Grubengerechtsame und Anlagen in Esch.

in Deutsch-Oth und Esch verfügte sie über Hochofenanlagen, in Eschweiler über eine Drahtfabrik und in Aachen über die Stahl- und Walzwerksanlagen Rothe Erde. All das ging verloren, und damit wurde eine Reihe wichtiger Produktionszweige innerhalb des Konzerns einfach ausgeschaltet. Dies war um so schmerzlicher, als die Gesellschaft 1916 durch Aufnahme der Hüstener Gewerkschaft und der Düsseldorfer Röhrenindustrie den Übergang von der Erzeugung von Roh- und Halbfabrikaten zur Herstellung von Fertigerzeugnissen vollzogen hatte. Dabei war der leitende Gedanke, daß den neuen Betrieben der Zusammenhang mit der großen Eisen- und Stahlerzeugung auf dem linken Rheinufer besonders dienlich sein solle. Die Abtretung der linksrheinischen Werke bedeutete daher ohne weiteres einen produktionstechnischen Rückschritt, eine Sünde gegen das ökonomische Prinzip.

Für das plötzlich wieder fast ausschließlich auf seine Kohlenbasis zurückgeworfene Gelsenkirchener Unternehmen war eine Anlehnung unvermeidlich. Deutsch-Luxemburg ist nun in der Lage, mit einer Jahreserzeugung von 600 000 t Stahl den Bedarf beider Gesellschaften zu decken. Mit der Erwerberin der Differdinger Anlagen von Deutsch-Luxemburg, der Société de la Marine Homecourt hat die Gesellschaft einen Vertrag geschlossen, wonach sie für 30 Jahre 200 000 t „Metall im Erz" jährlich erhält. Das soll für Deutsch-Luxemburg und Gelsenkirchen zusammen genügen. In Betracht kommen ferner die Erzgruben in Siegerland und Schweden des inzwischen der Interessengemeinschaft gleichfalls angeschlossenen Bochumer Vereins; aus den schwedischen wurden allerdings im letzten Geschäftsjahre infolge eines neunmonatigen Streiks nur 11 772 t (gegen 35 785 im Vorjahre) ausgeführt. Die Siegerländer Gruben ergaben eine Förderung von 30 888 t gegen 12 630 t im Vorjahre. In der letzten Hauptversammlung des Bochumer Vereins wurde mitgeteilt, daß letzthin auf den Erzgruben der Gesellschaft günstige Aufschlüsse gemacht worden seien, so daß in absehbarer Zeit sein gesamter Bedarf an geröstetem Spateisenstein aus eigenen Gruben gedeckt werden könne.

Anderseits leidet der Bochumer Verein an Kohlennot, obwohl er sich bereits eigene Zechen angliederte. Ferner muß Deutsch-Luxemburg als Entgelt für die Erzbezüge von Differdingen jährlich 500 000 t Koks liefern. Beide Gesellschaften finden daher in dem Bund mit Gelsenkirchen eine wertvolle Ergänzung ihrer Rohstoffversorgung. Die Beteiligung von Deutsch-Luxemburg im Kohlensyndikat beträgt 3,63 Mill. t, wovon 2,02 Mill. t auf den Selbstverbrauch anzurechnen sind, die von Gelsenkirchen aber 9 Mill. t und davon nur 2,085 Mill. t Selbstverbrauch.

Für den Wegfall seiner Drahtbasis in St. Ingbert hat sich Deutsch-Luxemburg durch Erwerbungen bzw. Interessengemeinschaften an der Lenne Ersatz geschaffen (Karl Berg, Wilhelm-Heinrich-Werk, Gebr. Knipper, Gubler und Berg, Brünninghaus, Thomé). Diese neuangeschlossenen Werke betreiben meist eine Qualitätsfabrikation spezieller Art. Vor allem aber ist der Bochumer Verein ein Qualitätswerk (Edelstahl) ersten Ranges; er hat sich jüngst auch noch das hauptsächlich für die Lieferung von Automobilteilen in Frage kommende Eisen- und Stahlwerk Haslach im Kinzigtal angegliedert.

Die Bestrebungen, die Fertigfabrikation in größerem Umfange in die neue Konzernbildung hineinzuziehen, scheiterten zunächst bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, die anderweitig, bei der Gutehoffnungshütte, Anschluß fand. Dann aber gelang es, die Siemens & Halske A.-G., die Elektrizitätsgemeinschaft vorm. Schuckert & Co. und deren gemeinsame Tochtergesellschaft, die Siemens-Schuckert-G. m. b. H., zu gewinnen. Diese Elektrizitätswerke werden nun frei von der Sorge um die Beschaffung ihrer Rohstoffe und Halbfabrikate, während andererseits die befreundeten liefernden Werke ein sicheres Absatzgebiet haben. Für beide Gruppen ergibt sich dadurch eine größere Unabhängigkeit von den Konjunkturschwankungen, ein auch für die Arbeitnehmer wichtiger Gesichtspunkt. Die weiterverarbeitenden Werke können ihre Lagerhaltung einschränken und damit die Selbstkosten verringern.

Diese werden überhaupt dadurch herabgedrückt, daß nun innerhalb der großen Arbeitsgemeinschaft vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat technische und wirtschaftliche Verbesserungen in wesentlich gesteigertem Maße durchgeführt werden können, zum Beispiel durch zweckmäßige Verlegung und Umgruppierung der einzelnen Produktionsstätten. Die Arbeitsprozesse sind noch weiter zu entwickeln, die Arbeitsverfahren noch wirtschaftlicher zu gestalten, Intensivierung, Verfeinerung, Veredelung, Taylorismus können auf die Spitze getrieben werden. Durch rationelle Ausnutzung der vorhandenen Anlagen sind kostspielige Neubauten zu vermeiden.

Die Gunst der geographischen Lage kommt bei Gelsenkirchen und Deutsch-Luxemburg hinzu. Die wichtigsten Zechen von Gelsenkirchen sind um Dortmund gruppiert. Dort ist auch das größte Hochofen- und Stahlwerk der Interessengemeinschaft gelegen mit dem höchsten Brennstoffbedarf. Im Norden Dortmunds erstreckt sich ein großer zusammenhängender Grundbesitz beider Gesellschaften, begünstigt durch den Hauptabwässerfluß des Industriebezirks, die Emscher, und durch den Dortmund-Ems-Kanal nebst zahlreichen Eisenbahnlinien. Aber auch eine werkseigene Bahnverbindung von den Gelsenkirchener Zechen zur Dortmunder Union kann nun hergestellt werden.

Der Weg von der Kohle zur Elektrizität ist garnicht so weit, wie es scheinen mag. Das der Interessengemeinschaft nahestehende Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk hat sich unlängst die Roddergrube (Braunkohle) angegliedert, um die billigere und geringerwertige Braunkohle an Stelle der hochwertigen und teuren Steinkohle zu verwenden und dadurch Steinkohle zu sparen. Die Schuckertgesellschaft in Nürnberg verfolgt ein ähnliches Ziel durch den Ausbau der bayerischen Wasserkräfte. Gemeinsam mit anderen bayerischen Firmen hat sie die Gesellschaft zur wirtschaftlichen Förderung Bayerns (Bayerische Wasserkraft-Arbeitsgemeinschaft) errichtet, welche die Inventarisierung der bayerischen Wasserkräfte, deren Prüfung auf ihre Ausbauwürdigkeit, die Ausarbeitung von Projekten, endlich die Heranziehung und Finanzierung von Industrien sich zur Aufgabe gemacht hat. Auch an der Gründung zweier besonderer Gesellschaften für Projektierung und Ausbau der mittleren Isar und des oberen Inn hat sich Schuckert beteiligt, ferner an dem Bayernwerk, das zur Ausnutzung der Walchenseekräfte 1918/19 gegründet wurde. Nun steht der ganze Elektro-Montantrust mit seinen gewaltigen Mitteln hinter diesen Bestrebungen, weiße Kohle zu erzeugen, um schwarze frei zu machen!

Zur A. E. G. herüber laufen Fäden durch die Beteiligung der Siemens-Halske-Werke an dem von ihr zusammen mit Auer begründeten Glühlampenmonopol.

Abgesehen von den wirtschaftlichen sind es politische Motive, aus denen sich die fieberhaft betriebenen Zusammenschlüsse der letzten Zeit erklären. Die Unternehmer wollen unter Führung von Stinnes die Sozialisierung in ein Bett leiten, das ihr die nach ihrer Ansicht gefährliche, über das Ziel

hinausschießende Wirkung nimmt. Sie ergreifen daher selbst die Initiative. Die Rhein-Elbe-Union vermeidet den von den Unternehmern als schädlich betrachteten Zentralismus. Es ist nur eine Spitzengesellschaft gebildet worden, ohne daß die rechtliche Selbständigkeit jedes einzelnen Mitgliedes dadurch verloren ginge. Jede Einzelgesellschaft soll auch weiterhin unter ihrer selbständigen Leitung für sich arbeiten. Die Obergesellschaft gibt nur die gemeinschaftlichen Richtlinien dafür an. Während der Dauer des Vertrags (bis zum Jahre 2000) wird für jedes Mitglied die Verfolgung von Sonderinteressen ausgeschlossen. Es wird ein gemeinschaftlicher Finanzplan aufgestellt, und der Kredit der Gesellschaften ist im Interesse der Gemeinschaft auszunutzen. Durch diese Regelung sollen die Kräfte der industriellen Führer zur vollen Entfaltung kommen und doch die Belange der Gemeinschaft gewahrt bleiben.

Der Konzern der durch den Namen Stinnes gekennzeichneten Unternehmungen greift vom Rheinland nach Ostpreußen und an die Wasserkante und weiter nach Süddeutschland. Dadurch wird eine starke wirtschaftliche Klammer um die entferntesten Teile des Reichs gelegt und zweifellos den Absplitterungsbestrebungen ähnlich Widerstand geleistet, wie ein anderes wirtschaftliches Band, der Zollverein, umgekehrt die deutsche Einheit vorbereitete. Das ist zum mindesten eine günstige Nebenwirkung der jüngsten Trustbildungen.

Die Werke, die sich im Elektro-Montantrust zusammengetan haben, verfügen durchweg über gute Verbindungen zum Auslande. Diese können nun mit verstärkter Kraft ausgenutzt werden, was umsomehr auch im Interesse der deutschen Gesamtheit liegt, als ja auch die Ausfuhr nunmehr in rationellerer Weise vor sich gehen wird. Nicht mehr Rohstoffe werden in erster Linie exportiert, sondern Fertigerzeugnisse, in denen möglichst viel deutsche Arbeit steckt, die so vom Auslande bezahlt wird. Ein sparsamerer Gebrauch der unentbehrlichen ausländischen Rohstoffe wird anderseits gewährleistet. Die Kreditfähigkeit der Werke im Ausland wird durch den Zusammenschluß erhöht.

Eine so mächtige Zusammenballung von teilweise monopolistischem Charakter wie der Elektro-Montantrust, der nicht weniger als 200 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, erfordert zweifellos die gespannte Aufmerksamkeit aller derjenigen Stellen, welche die Belange der Allgemeinheit zu wahren haben. In richtiger Erkenntnis der öffentlichen Tragweite ihrer jüngsten Schritte sind die Industriellen ja auch bestrebt, eine Versöhnung der sie beseelenden Kräfte und Gedanken mit den die Zeit beherrschenden Ideen herbeizuführen. Abgesehen von der großen grundsätzlichen Frage der Sozialisierung sind noch einige Einzelfragen zu regeln. So z. B. wie die kleinen selbständigen, weiterverarbeitenden Industrien in ihrer Abhängigkeit von den Lieferanten der Rohstoffe und Halbfabrikate geschützt werden können, da ihre Stellung doch durch den Beitritt der verwandten größeren Werke zu den großen Konzernen geschwächt ist.

Es hat sich noch bei der Beratung des Umsatzsteuergesetzes (vgl. „W.-D." Nr. 4 v. 24. 1. 19, S. 69) herausgestellt, daß man einen solchen Schutz der kleinen Werke für eine Aufgabe der Gesetzgebung hält, denn damals hat man Umsätze von verschiedenartigen Betrieben innerhalb des gleichen Unternehmens für steuerpflichtig erklärt. Da aber eine Verhinderung der Konzentration in der Industrie durch solche und ähnliche Maßnahmen ganz und garnicht im Sinne des sozialistischen Programms liegt, so war die Haltung der dieses Programm erstrebenden Machtfaktoren seinerzeit bei Durchberatung der Steuer unsicher und widerspruchsvoll und ist es unausbleiblich jetzt wieder, wo es sich um die kleinen Werke und ihr Verhältnis zu den neuen Trustbildungen handelt.

Einerseits begrüßt man die Trustbildungen als eine Vorstufe zum endgültigen Sozialismus, anderseits erblickt man in ihnen neue Festungen des Kapitals im Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

England

Die industrielle Konjunktur

Die Klagen über den Rückgang in der industriellen Hochkonjunktur Englands, die durch den Krieg, die Inflation und den Wiederaufbau bedingt war, werden immer lauter in Presse und Parlament. Beispielsweise sei an die Anfragen im Unterhaus vom 1. 11. erinnert, in denen Sir R. Horne, der gegenwärtige Präsident des Handelsamts, stürmisch von allen Seiten interpelliert wurde, ob die Regierung nicht bald mit Maßregeln zum Schutze der englischen Industrien herauskomme, die unter dem Rückgang der Weltkonjunktur litten, oder an den Bericht der „Times" v. 30. 10. über den „Baumwollkrach" (cotton trade slump), in dem das einzig Positive die Mitteilung ist, daß „in Lancashire die Baumwollfirmen wegen der zahlreich einlaufenden Bitten um Stornierung der Orders beunruhigt sind und daß die Handelskammer von Manchester durch ihre Mitglieder in dieser Angelegenheit angegangen werden soll." Es lohnt sich daher wohl, einen Rückblick über die wirtschaftliche Konjunktur zu machen, der eine Reihe offizieller Zahlen des „Board of Trade" zugrunde gelegt werden mögen, die ein Maßstab der Konjunktur sind. Es ergibt sich hieraus, daß der Umschwung der Konjunktur im dritten Quartal von 1920 stehend wiedergegebenen Indexziffern der Großhandelspreise in England und den Vereinigten Staaten von Amerika ermessen, für die der Preisdurchschnitt von 1913 mit 100 als Grundzahl dient:

	England (nach „Economist")	Ver. Staaten (nach „Braodstreet")		England (nach „Economist")	Ver. Staaten (nach „Braodstreet")
Januar	288,5	227,2	Juni	291,4	210,7
Febr. .	303,1	226,4	Juli	292,5	205,0
März .	301,2	225,5	August .	287,6	195,7
April .	305,7	225,7	Septbr. .	284,1	184,0
Mai...	304,5	216,4			

Die Zahlen zeigen einen immer schneller werdenden Rückgang in den Großhandelspreisen, der sich in den Vereinigten Staaten seit Beginn des Jahres, in England erst seit April fühlbar macht.

Die durch den Preissturz am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Industrien des unmittelbaren Konsums sind: Schuhwaren, Textil-, Konfektions- und die Motorwagenindustrie. Dagegen ist in den englischen Hauptindustrien die Produktion nicht zurückgegangen. So ist in der Werftindustrie die in Bau befindliche Tonnage um 153 000 t größer als Ende Juni. In den letzten zwölf Monaten hat der Bau von Schiffen erheblich zugenommen. Wie aus nachstehender Tabelle hervorgeht, ist die Zahl der auf Stapel gelegten Schiffstonnen im abgelaufenen Quartal sogar größer gewesen als im vorhergehenden.

Tonnage in 1000 tons	Okt.—Dez. 1919	Jan.—März 1920	April—Juni 1920	Juli—Sept. 1920
Im Bau	2994	3394	3578	3731
Neu begonnen	604	708	587	593
Vom Stapel gelassen	459	454	523	483

Es liegt also fast die Hälfte der im Bau befindlichen Welttonnage (3 834 000 t) auf englischen Werften.

Auch die Erzeugung von Roheisen und Rohstahl war entschieden befriedigend. Im Vierteljahr von April bis Juni betrug die Roheisenproduktion 712 000 t monatlich, im dritten Quartal war der Monatsdurchschnitt 748 000 t, das ist die höchste Zahl seit dem Waffenstillstand. Sie genügte dennoch nicht, die sehr rege Nachfrage zu befriedigen. Die Erzeugung von Stahl blieb mit 794 000 t zwar etwas hinter dem Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals zurück (828 000 t), doch brachte der September allein nicht weniger als 883 900 t, eine Rekordleistung! Die Erzeugung von Zinnplatten hielt sich auf dem Durchschnitt. Es ist wohl unter diesen Umständen selbstverständlich, daß in der Eisen- und Stahlindustrie der Beschäftigungsgrad gut war.

Der Bau von Eisenbahnwagen ging gut vorwärts, es wurden 16 207 Wagen von Normalspurweite neu gebaut (Irland nicht gerechnet).

Eine Erhöhung der Eisenbahntarife um 75 bis 150 % ist am 1. 9. in Kraft getreten, und soll das Defizit, das infolge der höheren Betriebskosten auf über 54 000 000 £ geschätzt wird, ausgleichen.

Zu Beginn des laufenden Quartals vermochte die Industrie noch immer neue Arbeiter zu beschäftigen, wenngleich nicht in dem Tempo des zweiten Vierteljahrs. Immerhin konnten im Juli 16 000 früher arbeitslose Personen mehr beschäftigt werden als im Juni, und am Anfang August waren nur noch 223 000 Personen auf den Listen der Arbeitsbörsen. Die Zahl der arbeitslosen Frauen hat sich im Juli nicht wesentlich vermehrt. Erst im August begann für sie die Arbeitslosigkeit zuzunehmen; die Register wiesen 6000 Frauen mehr auf als im Juli und im September weitere 7000; am Ende des Quartals hatte sich die Zahl von etwas über 47 000 auf etwas über 61 000 gehoben. Die Arbeitslosigkeit unter den Männern nahm ebenfalls zu; im August um 3500, im September aber um 25 000, und die Gesamtzahl stieg auf über 252 000. Diese Zunahme der Arbeitslosen rührt hauptsächlich von der geringeren Beschäftigung in den Häfen her, wo entsprechend der Saison die Arbeit ruhig ist. Arbeitslosigkeit herrschte ferner in der Woll-, Baumwoll-, Leinen- und Spitzenindustrie, im Bekleidungsgewerbe und in der Schuhindustrie vor. Am Ende des Quartals begann auch die Beschäftigung in der Leder- und Möbelindustrie und sogar in den Werften zurückzugehen, ebenso in der Automobilbranche. Auch verschiedene Metallgewerbe wurden betroffen. Die Gewerkschaften geben Ende September für ihren Mitgliederbestand folgende Prozentsätze an Arbeitslosen in den verschiedenen Industrien an: Baumwolle 2,5 %, Wolle 2,2 %, Stiefel und Schuh 2,8 %, Eisen- und Werftindustrie 3,4 %, Leder 7,1 %. Trotz dieser Depression in einzelnen Gewerben ist der Gesamtdurchschnitt von 2,2 % Arbeitslosigkeit in den Gewerkschaften günstiger als in neun der dem Krieg vorausgehenden zehn Jahre, in denen er meist 5 % überstieg.

Nach den Zusammenstellungen der London Joint City and Midland Bank sind die Zeichnungen auf Neuemissionen weiter zurückgegangen. Es wurden in den drei letzten Quartalen 147 bzw. 94 bzw. 73 Mill. £ gezeichnet. Im August wurden nur 10 Mill. aufgelegt, aber im September erhöhte sich die Summe auf 20 Mill. £. Noch immer wird der größte Teil des neuen Kapitals in der Heimat verwandt (kaum 10 % gingen ins Ausland, gegen 80 % vor dem Krieg). Das im Inland angelegte Kapital fand folgende Verwendung: 12 % in Petroleum, 8¼ % in Kohlen-, Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie, und 14 % in anderen industriellen Unternehmungen, 23 % in britischen Gemeinde- und Grafschaftsanleihen, meist für Bauzwecke.

Die Wechselkurse waren im abgelaufenen Quartal nicht günstig für England, am wenigsten die Dollardevise. Am 2. 7. stand sie auf 3,96 $ für 1 £, Ende desselben Monats 3,71, und seitdem ist sie in den üblichen Pendelschwingungen weiter zurückgegangen, bis auf 3,38 am 10. 11. Der Rückgang ist durch die Außenhandelsbilanz bedingt. Es finden zurzeit Valutakäufe statt, um die Verschiffungen von Korn und Baumwolle zu finanzieren, ferner zieht der Preissturz in den Vereinigten Staaten englische Käufer an. Der Einfluß des Kohlenstreiks war auch in der Devise zu spüren, doch hat sich seit seinem Abschluß keine Reaktion gezeigt, so daß dieser Grund für die Kursgestaltung nicht allein maßgebend gewesen sein kann. Dagegen kommt der Warenhunger des Kontinents und der innere Zusammenhang der europäischen Devisen, auf den schon mehrfach hingewiesen worden ist, hier wesentlich in Betracht. Daß die deutsche, französische und italienische Devise noch stärker zurückgegangen ist als die englische, will dem nicht widersprechen.

*

Die angegebenen Zahlen über die Beschäftigung in den Industrien, Arbeitslosigkeit, Geldmarkt usw. lassen deutlich erkennen, daß die Hochkonjunktur für eine Reihe von Gewerben vorüber ist, und daß die Produktion auf diesen Gebieten nicht mehr in dem Tempo vor sich geht, wie etwa vor einem halben Jahr. In anderen Zweigen des industriellen Lebens aber ist dieser Umschwung noch nicht eingetreten. Steht er bevor? Viele Momente sprechen dafür (so die hohen Geldsätze, die scharfe Besteuerung und die tatsächlich rückläufige Konjunktur Amerikas), viele aber auch dagegen. Erinnert sei nur daran, daß noch im entferntesten nicht alle industriellen Kriegsschäden Englands ersetzt sind, vom Wiederaufbau Deutschlands, Frankreichs und Rußlands gar nicht zu reden. Schier unermeßliche Gebiete erschließen sich hier u. a. auch der englischen Industrie. Denn es scheint, daß die Momente, die die Abhängigkeit der einzelnen Märkte von einander vor dem Krieg bestimmt haben, auch heute noch wenigstens für England wirken und daß die alten Kunden und Lieferanten trotz aller Feindschaft und trotz des Friedens von Versailles wieder die alten Plätze einnehmen werden. Zumindest deutet eine statistische Zusammenstellung des „Board of Trade", die die Verteilung des Außenhandels in den letzten drei Quartalen des verflossenen Jahres wiedergibt, auf diese Tendenz hin, wie die alten Märkte Englands im Verhältnis zum Gesamthandel allmählich wieder ihre frühere Bedeutung einnehmen.

Beträge in % des Gesamtaußenhandels:

Markt	Durchschnitt d. Jahres 1913	1919 3. Quartal	1919 4. Quartal	1920 1. Quartal	1920 2. Quartal
Europa (Zentral- u. West-)					
neutrale Staaten	9,7	20,5	16,1	16,2	13,5
feindliche Länder	8,6	3,0	2,5	1,8	2,9
Alliierte (ohne Rußland)	11,1	28,2	23,5	22,8	17,4
Europ. Randstaaten	5,7	8,3	11,9	9,9	9,4
Indien und Ceylon	14,2	8,6	10,7	12,4	14,5
Ferner Osten	9,7	7,1	8,3	7,7	10,7
Australasien	8,7	3,8	3,8	4,5	6,0
Afrika	7,0	4,5	5,0	6,4	6,9
Ver. Staaten v. N.-A.	5,6	4,9	5,1	2,1	6,2
Süd- u. Zentralamerika und Westindien	11,3	6,6	6,5	7,5	8,4

Auch die Handelsbeziehungen mit Deutschland gestalten sich wieder enger; sie werden durch die interessanten Zahlen illustriert, die Sir Robert Horne im Unterhaus mitteilte:

Wareneinfuhr aus Deutschland Jan.—Sept. 1920 1913

Warengattung	Mengenmaß	Menge in 1000 Einheiten	Wert in 1000 £	Menge	Wert in 1000 £
Glaswaren					
Hausgerät	cwt	70	386	—	—
Flaschen u. Krüge	cwt	159	235	—	—
Eisendraht	tons	6	273	37	348
Emaillierte Töpfe usw.	tons	2	183	—	—
Uhren	Stück	1177	384	2044	336
Wolle	cent. of 100 lb	12	501	—	—
Woll- u. Kammgarngew.	lb	536	306	4991	546
Seidene Bänder	—	—	139	—	480
Seidenstoffe	yards	2504	599	15001	1697
Baumwollstrumpfwaren	—	—	214	—	1877
Kohlenteer, Farbstoffe	cwt	31	1399	343	1731
Lederwaren	cwt	2	311	19	826
Druckpapier	cwt	97	275	—	—
Packpapier	cwt	169	518	892	746
Automobile	Stück	5	1545	—	—
Modeartikel	—	—	285	—	606
Rauchwaren	Stück	1184	295	5885	961
Musikinstrumente	Stück	575	317	150	744
Spielwaren	—	—	935	—	1184
Andere Waren	—	—	8091	—	—
Zusammen	—	—	17191	—	56143

Sie zeigen uns, daß in manchen Zweigen der Außenhandel schon wieder beinahe den Vorkriegsumfang angenommen hat, wenngleich er im großen ganzen noch erheblich zurückbleibt.

Dr. Th. Plaut

Rußland

Die Zukunft der Montanindustrie I

Die russische Volkswirtschaft hat seit Ausbruch des Weltkrieges außerordentliche Veränderungen, tiefgreifendste Umwälzungen erlebt. Die wesentlichsten russischen Industrien sind infolge des deutschen Vorrückens verpflanzt worden, neue Industrien in bisher nur wenig angebauten und zum Teil schwach besiedelten Gebieten geschaffen und so das Gesamtbild radikal umgestaltet worden, indem an Stelle der an der westlichen Peripherie des Reiches seiner Zeit künstlich gepflanzten Industriezentren, neue organisch hingehörige Industrien gegründet wurden. Es ist bekannt, daß die russische Industrie ein mehr oder weniger künstliches Produkt war, aus bestimmten Gründen treibhausmäßig gezüchtet, weit entfernt von den Rohmaterialien und Kraftquellen. Dem Minister S. J. Witte gelang es in den neunziger Jahren wohl im petersburger, moskauer, rigaer und Weichselgebiet eine russische Industrie hervorzurufen, nicht aber ihr die natürlichen Grundlagen organischer Entwicklung zu geben. Denn alle Kraft- und Rohstoffquellen befanden sich im Osten und Süden des europäischen Rußland und nicht im Westen, wo die Witteschen Kunstprodukte deshalb eher entstehen konnten, weil in diesen Provinzen der Stand der Zivilisation ein höherer, und die Arbeitsbedingungen günstiger waren, und der Osten ohne rechte Zufuhrwege und Transportmittel nur sehr viel langsamer hätte industrialisiert werden können. Die russische Industrie entstand im Grunde, bevor die Kraftquellen und Rohstofflager richtig erschlossen waren, und geriet infolgedessen sofort in die Abhängigkeit von ausländischer, speziell englischer, Kohle, ausländischem Kapital und ausländischer Technik. Selbst die Arbeiterschaft der russischen Vorkriegsindustrie war vorwiegend fremdstämmig: Letten, Esten, Finnen usw. stellten das Hauptkontingent der Arbeiter, — Russen heranzuziehen gelang erst nach und nach, und auch diejenigen, die sich als erste zur Industriearbeit entschlossen, wurden nur zum Teil Fabrikarbeiter, im wesentlichen blieben sie Landarbeiter, die für einige Monate in die Fabrik kamen. Hauptsächlichste Folge dieser künstlichen Industrieschöpfungen war ihre völlige Abhängigkeit von den Transportmitteln. Kohle und Naphta mußten Tausende von Kilometern herangeführt werden. Hieraus ergab sich unausbleiblich der Zusammenbruch der Produktion infolge der Verkehrserschwerungen und Stockungen, die der Krieg mit sich brachte. Wollte man die russische Industrie am Leben erhalten oder gar ausbauen, so konnte dies erst nach einer völligen Umgruppierung, einer ungeheueren Verpflanzung derselben in die Gebiete der Kraftquellen und Rohstoffe versucht werden. Dieser Prozeß ist jetzt erst zum vorläufigen Abschluß gekommen und vor allem durch die Sowjetregierung tatkräftig gefördert worden.

Jetzt erst könnte die neue, organisch gegründete russische Industrie ihr Dasein beginnen, wenn Arbeits-, Kapital- und politische Verhältnisse dies gestatten würden. Die Grundlagen sind jedenfalls geschaffen, — und wenn von einer auch nur halbwegs ausreichenden Produktion auch noch lange nicht wird die Rede sein können, so ist die Vorbedingung der zukünftigen Industrialisierung Rußlands wenigstens geschaffen. Was dies für Rußland bedeuten wird, braucht wohl nicht weiter ausgeführt zu werden. Erst nach vollzogener Industrialisierung wird die Vorherrschaft des Bauerntums und Agrarwesens gebrochen werden können und nach Entstehung eines wirklich auch relativ zur Bevölkerungsziffer zahlreichen Industriearbeiterstandes die Vorbedingungen für eine zweckmäßige Sozialisierung der Produktion geschaffen sein, — die heute noch keinerlei wirtschaftliche Voraussetzung besitzt. Die Zeit eines gesunden russischen Sozialismus wird, wie auch Plechanow immer behauptet hat, dann erst kommen. — Hand in Hand mit einem Ausbau der zentralrussischen, Ural- und Donetz-Industrie wird die tiefgreifendste Erschließung der Kraftquellen, des Kohlenbergbaus und der Naphthagewinnung gehen müssen. Das zukünftige Rußland wird jedenfalls seinen natürlichen ungeheuren Reichtum an Kohle, Naphtha und Rohstoffen ganz anders ausnutzen und verwerten können und aller Voraussicht nach dann auch bald einen nicht Wieder-, sondern Neuaufbau erleben, der mit „amerikanischer" Schnelligkeit vor sich gehen dürfte. Man sollte es nicht leugnen, daß die Sowjetregierung hier organisatorische Vorarbeiten geleistet hat, die, auf ihrem eigentlichen Gebiet liegend, eine tiefe Spur in der russischen Wirtschaftsgeschichte hinterlassen werden, denn sie verdanken ihr Entstehen der richtigen Einsicht, wo Rußlands Industriegebiete a priori hingehörten und wo sie „geboren", nicht erst gepflanzt und künstlich gezüchtet werden müssen. Für die Weltwirtschaft wird dieser Umbau der russischen Industrie von größter Bedeutung sein. Rußland dürfte in Zukunft von ausländischer Kohle erst jetzt unabhängig werden und europäischer wie amerikanischer Tatkraft und Technik ein ungeheueres Gebiet eröffnen. Es dürfte wohl noch Jahrzehnte währen, ehe mit Hilfe von ausländischem Kapital, ausländischen Maschinen die neuen Betriebe im Südosten und Osten den russischen Bedarf werden decken können, dann aber dürfte das industrialisierte Rußland selbständig

werden und ganz andere Möglichkeiten wirtschaftlichen Fortschritts und der Blüte vor sich haben, wie der unorganisch organisierte Wirtschaftskörper der zarischen Zeit.

Steigerung der Rohstoffgewinnung ist schon heute die erste Aufgabe russischer Wirtschaftspolitik. So selbstverständlich dies klingt, so neu ist dies cum grano salis Rußland. Bis 1914 sah man dies nicht recht ein: man bevorzugte die englische Kohle oder blieb bei seiner Vorliebe für Naphtha und tat nur zu wenig für die Kohlengewinnung. 1907 betrug der Wert der Mineralproduktion Rußlands 910 617 480 ℳ, stand also an vierter Stelle der Weltproduktion. Die Kohlenförderung betrug 1912 — Stein- und Braunkohlen zusammen — 30 614 000 t (also ein Achtel der deutschen), bei einer vom 12. internationalen Geologenkongreß zu Toronto geschätzten Menge von Kohlenvorräten von 60 Milliarden t im europäischen Rußland. Diese Mengen können heute nicht mehr gefördert werden. Nach Angaben der Sowjetkommissare betrug die Ausbeute im Donetzbecken in den ersten vier Monaten 1920 40 % weniger als im Jahre 1919 und nur ein Siebentel der Vorkriegszeit, nämlich 71 400 000 Pud oder 89 % des beabsichtigten Förderungsprogramms. Im Moskauer Kohlengebiet sind in der gleichen Zeit 10 610 000 Pud, das sind 106 % des Programms, gefördert worden, — es ist eine kleine Besserung gegenüber dem Jahre 1919 festzustellen und der Stand der Vorkriegszeit erreicht worden. In den Kohlenrevieren am Ural sind 5 391 000 Pud in dieser Zeit gefördert worden, — 83 % des Programms, aber nur ein Bruchteil der Kriegsgewinnung. Mit diesen geringen Mengen muß Rußland heute auskommen, was eine glatte Unmöglichkeit ist, muß das Land doch auf die Einfuhr von 7,67 Mill. t Steinkohle und 0,98 Mill. t Koks verzichten, die es (1913) aus dem Auslande bezog. Die Frage der Kohlengewinnung ist somit zum ausschlaggebenden Faktor geworden; die Gewinnung von 164 Mill. Pud Naphtha in sieben Monaten dieses Jahres kann den Ausfall natürlich nicht decken. Die Naphtaausbeute ist an sich recht ansehnlich und steht nicht allzuweit hinter den im Jahre 1913 erbohrten Mengen zurück. In diesem letzten Friedensjahr betrug die Erzeugung im Kaukasus 546, 7 Mill. Pud, — jetzt hat man in sieben Monaten über ein Drittel davon gewonnen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Naphtaausbeute in den Jahren 1909—13 dauernd zurückgegangen ist. Außerdem sollen noch große Vorräte in Baku selbst lagern. An Naphta dürfte es demnach nicht eigentlich mangeln — doch fehlt die Möglichkeit, alle die Betriebe die auf Kohlen eingestellt sind, auf Naphtafeuerung einzurichten. Diese Angaben mögen als Einleitung dienen für eine Schilderung der gegenwärtigen Lage der Montanindustrie und der Aussichten, die sich ihr in Zukunft bieten.

Dr. Hans von Eckardt

Ostafrika

Das Scheitern der Soldatenansiedlung in der Kenya-Kolonie

Unter den Vorwürfen, die unserer Kolonialverwaltung, insbesondere der ostafrikanischen des Freiherrn von Rechenberg gemacht wurden, war einer der wesentlichsten, daß sie der Ansiedlung deutscher Farmer feindlich gegenüber stand. Nicht erst seit 1909, wo Paul Samassa in seinem Buche „Die Besiedelung Deutsch-Ostafrikas" den Begriff des Gentlemanfarmers aufstellte, hat sich die Kolonialbeamtenschaft mit dem Ansiedlungsproblem beschäftigt. Sie stand ihm auch durchaus freundlich gegenüber. Denn zweifellos herrschte bei allen Bezirksamtmännern der lebhafte Wunsch vor, den anvertrauten Bezirk auf das schnellste zu entwickeln. Wenn das von Samassa zitierte, übrigens von einem britischen Gouverneur ausgesprochene Wort „ein Ansiedler macht mehr Arbeit als 10 000 Eingeborene" zwar paradox aber keineswegs übertrieben ist, so ist Ansiedlerfeindschaft aus Arbeitsscheu sicher nicht ein Motiv unserer Kolonialbeamten gewesen. Das Verantwortlichkeitsgefühl erheischte eine eingehende Prüfung der Frage und das Ergebnis konnte immer wieder nur das sein, daß eine einigermaßen gesicherte Zukunft des Ansiedlers von außerordentlich viel Bedingungen abhängig sei. Guter Wille und ein paar tüchtige Fäuste genügten jedesfalls nicht. Auch mit 10 oder 20 oder 50 000 ℳ — wie Samassa wollte — war es keineswegs getan. Im allgemeinen neigte man der Ansicht zu, daß nur ein Mann, der bereits im Umgange mit farbigen Arbeitern seine Geeignetheit erwiesen habe, bei sonstigen günstigsten Voraussetzungen (Gesundheit, Fleiß, Nüchternheit, Anspruchslosigkeit, Tüchtigkeit) mit der angegebenen Summe zum Ziele gelangen könne, wenn er im Bereiche der Eisenbahn und unter günstigen Arbeiterverhältnissen sein Heim gründete. Meines Wissens wurde, wenn diese Voraussetzungen erfüllt waren, Schwierigkeiten seitens der Behörden nicht gemacht, auch unter Rechenberg nicht, wie ich im Gegensatze zu dem sonst so verdienten Wilhelm Arning („Vier Jahre Weltkrieg in Deutsch-Ostafrika") betonen muß. Aber die Voraussetzungen waren nicht immer gegeben und die Möglichkeiten begrenzt. Ermuntert wurde zur europäischen Kleinsiedlung allerdings nicht. Denn im Programm der Rechenberg-Dernburgschen Beamten- und Eingeborenenkolonie konnte eine großzügige Förderung der Ansiedlung natürlich nicht liegen. Aber in dieser Frage wurden die Bedenken des Gouverneurs auch von Beamten geteilt, die sonst wirtschaftspolitisch auf ganz anderem Boden standen. Sicher nicht aus Animosität gegen das weiße Element, sondern aus pflichtmäßigen Erwägungen, die, wie es scheint, doch nicht so ganz abwegig gewesen sind, wie die Vorkämpfer einer „Siedlungskolonie" glaubten.

Den Beweis liefert der Versuch, der in Britisch-Ostafrika mit der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern gemacht worden ist, dessen klägliches Scheitern die „Times" vom 11. 11. unumwunden zugeben. Welches Maß von Unglück es im Gefolge hat, wenn Hunderte, vielleicht Tausende von gescheiterten weißen Existenzen die Städte Ostafrikas bevölkern, wird sich jeder Kolonialmann ausmalen können. Die Tatsache beweist, daß die „älteste Kolonialmacht" ab und zu wagemutiger ist als die jüngste es war, aber keineswegs immer klüger.

„Kaum ein Jahr," schreiben die „Times", „ist verflossen, seit das Gesetz über die Ansiedlung von Soldaten in Ostafrika in Kraft getreten ist, und schon kann man die Wirkungen dieser Verordnung erkennen. Die Government office und die örtliche Regierung haben zu gleichen Teilen die Verantwortung übernommen, die Ausarbeitung der Pläne usw. liegt in Händen eines von der britischen Regierung ernannten Komitees.

Unter den überseeischen Kolonien war Kenya (= Britisch-Ostafrika) ganz besonders geeignet für Ansiedler britischer Herkunft. In Kenya und London wurden daher auch von vielen Ansiedlungslustigen und Mitgliedern von Siedlungsvereinigungen Bewerbungen eingereicht. Es war selbstverständlich, daß in der Zuteilung von Farmland schnell gehandelt wurde. Infolgedessen war das Land an der Uganda-Eisenbahn und in der Nachbarschaft derselben schnell ver-

geben und es wurde nötig, das Land südwärts zu erschließen. Die Vermessung dieses Landes war aber sehr rückständig und existierte eigentlich nur auf dem Papier, und es war nicht möglich, für seine Aufteilung ein geregeltes System herauszugeben. So kam es, daß mehr oder weniger nur für die Nairobi-Provinz eine Vermessung als vorhanden gelten konnte. Das Ergebnis dieser Methode liegt klar auf der Hand. Die eingeborenen Arbeiter, welche teils überhaupt nicht zu irgendwelcher Tätigkeit zu gebrauchen waren, teils unorganisiert arbeiten, waren unbrauchbar. Die Wege, mit Ausnahme der Regierungswege nach dem Wasin-Gishu-Plateau und dem Distrikt um das Kenya-Hochland, sind alle sehr schlecht. Die Aussichten waren also nicht besonders rosig, als die Siedler ankamen, und diejenigen, die Ostafrika kennen, waren sehr skeptisch gegenüber der ganzen Ansiedlung überhaupt. — Die Regierung war natürlich nicht ganz ohne Verantwortlichkeit. Sie hatte zwar ein Rundschreiben erlassen, worin der Mangel an Arbeitern klargelegt wird, und General Northey hat während seines Aufenthalts in London bekanntgegeben, daß ohne ein beträchtliches Kapital eine Ansiedlung in Ostafrika kaum empfehlenswert sein dürfte. Unter allen Umständen ist ein Kapital von 3000 £ für einen Ansiedler nötig; wenn sich zwei Familien zusammengetan haben, würde vielleicht schon die Summe von 5000 £ genügen.

Obwohl Kenya sehr gut gelegen ist, ist damit nicht gesagt, daß ein Kleinfarmer ein einigermaßen anständiges Leben führen kann. Für Leute mit kleinem Kapital stellt der Anbau von Kaffee, Sisal und Flachs sowie die Viehzucht erst nach Jahren eine Rentabilität in Aussicht. Für Farmprodukte mit Ausnahme von Milchwirtschaft und etwas Gemüsebau, ist nur in den Städten Absatz zu finden. Ohne großes Kapital ist also nichts anzufangen, und für Großfarmer auch dann nicht, wenn sie 50—100 Meilen von einer Stadt entfernt wohnen. Die einzigen Städte aber sind Nairobi und Mombassa, von denen aber letztere an der Küste, also weit entfernt vom Hochlande, liegt.

Die Siedler kaufen sich die Vorräte und Werkzeuge für sich und ihre Familie in Nairobi, sicher einem der teuersten Plätze der Welt heutzutage, und ziehen dann ins Innere des Landes, um dort eine Heimat und eine Zukunft zu finden. Dieses Land aber besteht zum größten Teil aus Felsen, Sümpfen und Marschland, und in den meisten Fällen muß der Ansiedler erst lange suchen und vermessen, um das ihm zugesprochene Stück Land ausfindig zu machen. Eine große Anzahl von Siedlern kehrt entmutigt nach Nairobi zurück und fällt dort, wenn sie nicht die genügenden Mittel zur Heimreise haben, der Erwerbslosenkolonie zur Last.

Die Aussichten sind also ungünstig, und es gibt nur eine kleine Menge von Leuten, die nach sorgfältigen Vorarbeiten und Anfragen eine lohnende Existenz als Farmer dort finden.

Man braucht hiernach nicht anzunehmen, daß Kenya ein unbrauchbares Land ist, — aber die Soldaten-Ansiedlungspläne sind aussichtslos."

Hans Zache

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

		Hamburg 16. 11. ℳ	Berlin 16. 11. ℳ	Amsterdam 15. 11. fl	Zürich 16. 11. fr
Amsterdam ..	100 fl	2305,—	2315,15	—,—	195,—
Barcelona ...	100 Pesetas	945,—	956,50	40,75	80,—
Berlin	100 ℳ	—,—	—,—	4,36	8,25
Brüssel	100 fr	477,50	469,50	20,71½	40,15
Budapest	100 K	14,25	13,73	—,—	—,—
Buenos Aires.	100 Pesos .	—,—	—,—	—,—	225,—
Helsingfors ..	100 FM ...	173,25	169,80	—,—	—,—
Kopenhagen .	100 Kr	1016,50	1009,—	44,27½	85,90
Kristiania ...	100 Kr	1014,75	1009,—	44,—	85,60
London	1 £	260,—	257,20	11,37½	22,19
Madrid	100 Pesetas	945,—	956,50	40,75	80,—
New York....	1 $	77,25	76,17	3,35½	6,53
Paris	100 fr	400,56	447,05	19,50	37,30
Prag	100 K	86,75	85,90	—,—	7,—
Rom	100 Lire ..	273,50	267,70	11,80	22,70
Stockholm ...	100 Kr	1652,50	1443,55	63,12½	122,75
Wien	100 K neu.	23,50	22,87	0,97½	1,80
Zürich	100 fr	1155,—	1173,80	51,40	—,—

		Wien 15. 11. K	Prag 15. 11. K	Paris 15. 11. fr	London 12. 11. *)	New York 15. 11. $
Amsterdam.	100 fl	—,—	—,—	516,50	11,33	—,—
Berlin	100 ℳ	—,—	113,75	20,75	290,25	1,22
Kopenhagen	100 Kr	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
London	1 £	—,—	—,—	68 50	—,—	3,32 60 Tg.
New York ..	1 $	—,—	—,—	17,40	3,37⅝	—,—
Paris	100 fr	—,—	—,—	—,—	56,20	5,77
Wien	100 K	—,—	16,37	—,—	—,—	—,—
Zürich.....	100 fr	—,—	—,—	265,75	22,07½	—,—

*) Die Notierungen in London werden angegeben für ausländ. Einheiten in 1 £.

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd. 16. 11.	Zürich 16. 11.	Kopenh. 16. 11.	Stockh. 16. 11.	Wien 16. 11.
Reichsmark	−92,06	−93,32	−88,58	−92,29	—
Dt. österr. Krone	−98,06	−98,28	—	—	—
Französ. Frank.	−59 38	−62,30	−38,60	−57,—	—
Pfund Sterling .	— 6,07	−12,01	— 4,17	— 0,08	—
Dollar	+34,86	+25,98	+104,21	+43,43	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	6. 11.	15. 11.
Alexandrien.....	97 7/16 d pari	97 7/16 d pari
Bombay/Kalkutta.....	1 s 8 3/8 d—1 s 8 5/8 d	1 s 7 7/8 d—1 s 8 1/8 d
Hongkong	3 s 11 1/4 d—4 s 0 1/4 d	3 s 10 1/2 d—3 s 11 1/4 d
Schanghai	5 s 4 d—5 s 5 1/2 d	5 s 2 d—5 s 3 1/2 d
Singapore	2 s 3 11/16 d—2 s 3 31/32 d	2 s 3 11/16 d—2 s 3 31/32 d
Yokohama.....	2 s 11 1/4 d—2 s 11 1/2 d	2 s 11 3/4 d—3 s 0 d
Montevideo T. T.	56 5/8—57 5/8 d	54 1/4 d—55 1/4 d
Rio de Janeiro	12 1/2 d	11 3/4 d
Buenos Aires T. T.....	55 1/4—56 1/4 d	53 d—56 1/2 d
Valparaiso 90 T.....	9 15/16 d	9 29/32 d

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Goldausfuhr der Vereinigten Staaten betrug in der Zeit vom 1. 1. bis 30. 9. 259 Mill. $, während die Einfuhr sich auf 199 Mill. belief. Auch die Silberausfuhr von 99 Mill. $ überstieg in der gleichen Zeit die Einfuhr um 25 Mill. $. („Wall Street Journal", Nr. 86 v. 14. 10. 20.)

In Mozambique bestehen zwei Währungen, die Escudo- und die Pfund-Sterling-Währung, nebeneinander. Die Ausgabe von Sterlingnoten geschieht durch die Staatsbank von Mozambique, den „Banco Nacional Ultramarino". Diese Bank löste während des Krieges ihre Noten in Gold ein. Als Folge des umfangreichen Goldschmuggels nach Indien wurde die Einlösung im Juni d. J. eingestellt. Nunmehr beabsichtigt die Direktion, die Einlösung zum 1. 1. 21 wieder aufzunehmen, da der gegenwärtige Zustand den Handel behindert. Die Bank wandte sich an die portugiesische Regierung um Aufhebung des Goldausfuhrverbots nach Mozambique. („Times", Nr. 42 564 v. 10. 11. 20.)

In Georgien ist der Besitz, An- und Verkauf fremder Valuten verboten. Geld- und Kreditgeschäfte in fremder Valuta dürfen nur durch die Staatsbank vorgenommen werden. („Commerce Reports", Nr. 243 v. 15. 10. 20.)

Staatsanleihen

Die englische Regierung hat sich verpflichtet, ihre Schulden gegenüber den kanadischen Banken innerhalb von 18 Monaten zurückzuzahlen. Diese Schuld beläuft sich auf 150 Mill. $. In den ersten sechs Monaten sollen monatlich 5 Mill., in den folgenden 12 Monaten 10 Mill. $ getilgt werden. Der Betrag für November ist bereits bezahlt. („Times", Nr. 42 565 v. 11. 11. 20.)

Die englische Regierung gewährte Deutsch-Österreich einen Kredit von 800 000 £ zum Ankauf von Rohwolle. („Times", Nr. 42 555 v. 30. 10. 20.)

Deutsch-Österreich wandte sich an den Wiedergutmachungsausschuß um einen Kredit von 250 Mill. $ zum wirtschaftlichen Wiederaufbau. Deutsch-Österreich ist bereit, als Sicherheit das gesamte Staatseigentum zu geben. („Information", Nr. 318 v. 10. 11. 20.)

Im Jahre 1917 hatte die Nederlandsche Uitvoer Maatschappij der österreichisch-ungarischen Regierung einen Kredit von 24 Mill. fl gewährt. Die erste Rate in der Höhe von 3,9 Mill. fl wurde am 1. 11. 20 von den Regierungen beider Länder bezahlt. („Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande", Nr. 46 v. 13. 11. 20.)

Am 30. 9. 20 betrug die gesamte öffentliche Schuld der Vereinigten Staaten 24 087 Mill. $, davon 23 855 Mill. verzinsliche Schuld. Die fundierte Schuld betrug 20 418 Mill., wovon 19 534 Mill. auf die 4 Liberty Loans und die Victory Liberty Loan kamen. Von der schwebenden Schuld waren 2640 Mill. Treasury Certificates und 797 Mill. War saving securities. („Commercial and Financial Chronicle", Nr. 2886 v. 16. 10. 20.)

Die Südafrikanische Union bot in London für 2 Mill. £ 6monatige, 7 % Schatzwechsel an. Diese ungewöhnliche Maßnahme erfolgte wegen der Verschlechterung der Zahlungsbilanz gegenüber England. („Manchester Guardian", Nr. 23 161 v. 4. 11. 20.)

Schiffahrt und Schiffbau

Deutschland

Die Hamburger Reederei F. Laeisz ist durch Gesellschaftsvertrag vom 30. 10. 20 in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt worden. Das Stammkapital beträgt 300 000 M. Der Betrieb der bisher von der Firma F. Laeisz betriebenen Reederei wird übernommen. Geschäftsführer sind: E. F. Laeisz, Schiffsreeder in Hamburg, und O. P. Ganssauge, Kaufmann in Altona. *A. K.*

Reederei Gerhard & Hey G. m. b. H. Unter dieser Firma ist durch Gesellschaftsvertrag vom 23. 10. 20 ein neues Reedereiunternehmen in Hamburg gegründet worden. Das Stammkapital beträgt 1 Mill. M. Geschäftsführer sind Max Oelssner und Curt Wilhelm Oelssner in Leipzig und Arnold E. Th. J. Feins in Hamburg. *A. K.*

Vereinigte Staaten

Vom Harriman-Konzern. New Yorker Meldungen zufolge ist der zwischen W. A. Harriman und der Kerr Steamship Co. schwebende Streit um Rücklieferung von 10 von der letztgenannten Gesellschaft verwalteten, aber der dem Harriman-Konzern angeschlossenen Kerr Navigation Co. gehörigen Dampfern durch Übereinkommen dahin entschieden, daß die Schiffe an die den Schiffsbetrieb des Konzerns leitenden „United American Lines" zu überweisen sind. Die Schiffe wurden von der Kerr Steamship Co. bisher im Dienste zwischen New York und Hamburg sowie zwischen Hamburg und den südamerikanischen Häfen verwandt und sollen auf diesen Linien, wie Mr. Harriman in einer der New Yorker Presse übermittelten längeren Auslassung erklärt, auch künftig weiter verwendet werden. Es handelt sich um die Dampfer:

Keresan	6780 t dw	Kermit	11 200 t dw
Keresaspa	7300 „	Kermoor	6 980 „
Kerkenna	5500 „	Kerowlee	6 080 „
Kerlew	4805 „	Monticello	11 200 „
Kermanshah	8100 „	Montpelier	9 675 „

insgesamt 10 Schiffe mit 77 620 t dw.

Über die Pläne des Konzerns sowie über den gegenwärtigen Umfang seines Schiffsbesitzes und Liniendienstes lassen sich den Harrimanschen Ausführungen noch folgende Angaben entnehmen: Es wird beabsichtigt, in Gemeinschaft mit der Hamburg-Amerika Linie den Frachtdienst zwischen Hamburg und den amerikanischen Häfen, der bisher nur die nördlichen Häfen New York, Philadelphia und Baltimore berücksichtigte, noch in diesem Jahre oder im Beginn des nächsten auch auf die südatlantischen und Golfhäfen auszudehnen. Weiter soll der Passagierdienst zwischen New York und Hamburg zu Anfang des nächsten Jahres mit drei Schiffen von je etwa 12 000 t dw aufgenommen werden, und zwar zunächst für Fahrgäste dritter Klasse.

Der Schiffsbesitz der Harriman-Reedereien — American Ship and Navigation Corporation (früher Kerr Navigation Corporation), American Hawaiian Steamship Co., Shawmut Steamship Co. und Coastwise Steamship Co. — besteht zurzeit aus 63 Schiffen mit 544 200 t dw. An diesem Schiffspark sind die einzelnen Reedereien wie folgt beteiligt:

1. American Ship and Navigation Corp. mit den oben erwähnten 10 Dampfern von 77 620 t dw, zu denen noch der neu gekaufte Dampfer De Kalb mit 8500 t dw tritt.

2. American Hawaiian Steamship Co. mit den Dampfern: Alaskan (13 118), American (8060), Arizonan (14 180), Dakotan (10 165), Floridian (10 315), Hawaiian (8060), Jowan (10 165), Kentuckian (9945), Mexican (13 761), Minnesotan (10 165), Ohioan (10 165), Oregonian (8060), Panaman (10 165), Pennsylvanian (10 165), Texan (13 688), Virginian (11 207), zwei Motorschiffen (je 11 200), insgesamt 18 Dampfern mit 193 784 t dw.

3. The Shawmut Steamship Co. mit den Dampfern: Ipswich (9000), Mystic (9000), Sudbury (7300), zwei Schiffen im Bau (je 10 500), insgesamt 5 Schiffen mit 46 300 t dw.

Der gesamte Schiffsraum dieser drei Gesellschaften wird geleitet und bewirtschaftet von den United American Lines, der für den Schiffsbetrieb des Harriman-Konzerns neu gegründeten Gesellschaft. Nicht unter der Leitung der United American Lines steht der Schiffsbesitz der Coastwise Steamship Co., die ihre eigene Organisation hat. Sie verfügt über die Dampfer: Bristol, Clarksburg, Coastwise, Fairmount, Franklin, Hampden, Middlesex, Norfolk, Suffolk, Transportation, insgesamt 10 Schiffe mit 76 500 t dw.

Außer diesen eigenen Schiffen stehen dem Konzern noch 19 ihm vom Schiffahrtsamt überwiesene Dampfer von 141 495 t dw zur Verfügung.

An regelmäßigen Schiffahrtslinien unterhält der Konzern außer den in Gemeinschaft mit der Hamburg-Amerika Linie bedienten Routen noch folgende Dienste:

New York—Niederländisch-Indien,
New York—Mittelmeerhäfen (Nordafrika, Malta, Ägypten, Levante, Marokko),
New York—Panamakanal—Pacifichäfen—Hawaii.

Der nach Niederländisch-Indien und dem Mittelmeer gerichtete Dienst wird von den durch das Schiffahrtsamt dem Konzern überwiesenen Schiffen ausgeführt und zwar sind im Verkehr nach Niederländisch-Indien 11, in der Fahrt nach den Mittelmeerhäfen 8 Dampfer beschäftigt. Der Dienst New York—Panamakanal—Pacifichäfen—Hawaii wird durch die 16 Schiffe der American Hawaiian Steamship Co. besorgt. Die Dampfer der Coastwise Steamship Co. sind in der Küstenfahrt beschäftigt. *A. K.*

Amerikanische Seemannsgesetzgebung und Borddisziplin. Die amerikanische Seemannsgesetzgebung wird dem von ihr angestrebten Ziel, die Mannschaften fremder Schiffe zum Eintritt in den Dienst der amerikanischen Handelsflotte anzulocken, um einen weiteren Schritt näher gerückt sein, wenn ein dem Senat neuerdings unterbreiteter Entwurf über Disziplinarvergehen an Bord die Billigung der gesetzgebenden Faktoren findet. Der Entwurf schlägt unter anderm vor, daß ein Mitglied der Schiffsbesatzung, das sich absichtlich und dauernd den Befehlen der Schiffsleitung widersetzt und seine Pflicht absichtlich und dauernd vernachlässigt, künftig nur noch eine viertägige, anstatt zwölfwöchentliche Gefängnisstrafe erhalten soll. Daß eine solche Änderung der bisherigen Strafbestimmungen für ein Vergehen, das unter Umständen Schiff und Mannschaft gefährden kann, eine bedenkliche Lockerung der Borddisziplin im Gefolge haben muß, wird auch den Antragstellern nicht verborgen sein. Die Tendenz des Entwurfs, soweit die fremde Schiffahrt in Frage kommt, ist offensichtlich. Der fremde Schiffsmann, der sich während der Reise eines Disziplinarvergehens schuldig gemacht hat, soll sich bei Ankunft des Schiffes in einem amerikanischen Hafen unter den

Schutz des milden amerikanischen Gesetzes stellen und, da er bei Rückkehr in die Heimat schwererer Strafe zu gewärtigen hat, hinfort auf amerikanischen Schiffen Dienste nehmen. Bezeichnend ist, daß keiner der Antragsteller — der Entwurf ist von Mr. Sexton eingebracht und wird von drei weiteren Namen unterstützt — in irgend einer Weise in Beziehungen zur Schiffahrt steht. *A. K.*

Japan

Japan und das amerikanische Schiffahrtsgesetz. Die neue Merchant Marine Act der Vereinigten Staaten scheint der Anlaß zu wichtigen Veränderungen in der japanischen Schiffahrt zu werden. Japan gewährt bekanntlich seinen Schiffahrtsgesellschaften beträchtliche Subventionen und hat seine Küstenschiffahrt bisher der eigenen Flagge vorbehalten. Um den Einwand der Amerikaner, daß diese staatliche Begünstigung der japanischen Schiffahrt, die durch das Schiffahrtsgesetz vorgeschriebene Vorzugsbehandlung der amerikanischen Schiffe rechtfertige, zu entkräften und damit eine bessere Grundlage für die in Aussicht genommenen Verhandlungen mit den amerikanischen Behörden zu haben, sind sich die japanischen Handelskammern einig geworden, dahin zu wirken, daß die japanische Küstenfahrt auch für fremde Schiffe geöffnet wird und die bisherigen Subventionen an die japanischen Großschiffahrtsgesellschaften aufgehoben werden.

„Es mag Gründe geben," äußerte kürzlich der Vizepräsident der Tokioer Handelskammer, „die es Amerika unumgänglich notwendig erscheinen lassen, das neue Gesetz durchzuführen, dann müssen auch wir unsere Interessen schützen. Wir werden Amerika nicht nachlaufen, aber wir wollen auf gleichem Fuße mit ihm über gewisse uns schädigende Bestimmungen des Gesetzes verhandeln. Wir haben unsere Maßnahmen zum Schutze unserer Schiffahrtsinteressen ohne viel Gerede getroffen, denn durch breite Ankündigungen kann die schlechte Lage des Schiffahrtsmarktes nur noch verschlimmert werden."

Bedrohlich für die japanische Schiffahrt sind insbesondere die durch das Schiffahrtsgesetz vorgeschriebenen, vorläufig allerdings noch suspendierten Eisenbahn-Vorzugstarife für die mit amerikanischen Schiffen beförderte Waren. Für die über die amerikanischen Pacifichäfen gehenden Ein- und Ausfuhrgüter, die zu einem beträchtlichen Teil aus den amerikanischen Oststaaten stammen oder dorthin gehen, also auf lange Schienenstrecken angewiesen sind, spielt die Höhe der Eisenbahnraten eine ganz andere Rolle als für den Güterverkehr der atlantischen Häfen. Vorzugstarife für auf amerikanischen Schiffen beförderte Güter würden die fremden Flaggen aus dem Verkehr der Pacifichäfen ausschließen. An ihm aber sind die Japaner mit dem wichtigsten Teile ihrer Überseeschiffahrt interessiert. Daß sie sich zu den oben erwähnten Maßnahmen entschlossen haben, zeigt, wie sehr ihnen an einer friedlichen Einigung mit den Amerikanern über die Frage der Vorzugstarife gelegen ist. Bei dem Schwergewicht der Interessen, die für die japanische Schiffahrt hier auf dem Spiele stehen, ist anzunehmen, daß, falls eine solche Einigung nicht erzielt wird, japanische Abwehrmaßnahmen nicht auf sich warten lassen werden.

Einer neueren Nachricht aus Tokio zufolge haben die Pläne für einen Zusammenschluß der großen japanischen Schiffahrtsgesellschaften zur Abwehr der amerikanischen Bedrohung jetzt feste Gestalt gewonnen. Genaueres über die Art des Zusammenschlusses wird nicht mitgeteilt, doch ist man, wie die Meldung sagt, der Ansicht, daß der Nippon Yusen Kaisha die anderen drei großen Gesellschaften Toyo Kisen Kaisha, Osaka Shosen Kaisha und Kokusai Kisen Kaisha in der Weise angegliedert werden, daß eine Einheitlichkeit der Leitung und ein gemeinsamer Betrieb erreicht wird. Bei der gegenwärtigen schlechten Lage des Frachtenmarktes würde ein solcher Zusammenschluß ein sparsameres Arbeiten und eine bessere Verteilung des Schiffsraumes ermöglichen. Von der Osaka Shosen Kaisha wird berichtet, daß sie mit diesen Plänen nicht in allen Teilen einverstanden sei. *A. K.*

Vermischtes

Vom Jutemarkt berichtet uns Herr Carl Trapp, Hamburg: „Die Befestigung, welche nach dem Erscheinen der endgültigen Ernteschätzung einsetzte, hat nicht lange angehalten. Entgegen aller Erwartung ging der indische Wechselkurs wieder zurück und der dadurch hervorgerufene Rückgang der Rohjutepreise brachte auch die Nachfrage schnell wieder zum Stillstand. Durch die alsbald einsetzenden Kalkuttafeiertage (Doorgha Poojah) und den Kohlenarbeiterstreik in England entschwand auch der letzte Rest von irgendwelcher Kauflust.

Um den Schwierigkeiten zu begegnen, haben die Dundeefabrikanten beschlossen, die Arbeitszeit in den Fabriken mit Wirkung vom 25. 10. von 48 Stunden auf 26¼ Stunden in der Woche herabzusetzen. Nach Beilegung des Streiks wurde allgemein eine Wiederbelebung des Marktes erhofft, doch ist die erwartete Besserung bisher nicht eingetreten.

Die Rohmaterialpreise sind in den letzten Wochen ungefähr dieselben geblieben, wogegen Garn- und Gewebepreise stetig weiter fallen. Garne notierten zuletzt nur noch 5/— für 8 lbs Common Cops und Gewebe auf Basis von 6⅝ d für 10½ oz 40 in Hessians.

Die schottische Juteindustrie hat eine schwere Krise durchzumachen. Die Fabrikanten sind gegenwärtig gezwungen ihre Produktion mit Verlust zu verkaufen, aber trotzdem bleibt die Nachfrage sehr gering. Das Rohmaterial der neuen Ernte läßt sehr zu wünschen übrig; die Qualität ist weit geringer als in der letzten Saison und zahlreiche Arbitragen wurden deshalb schon eingeleitet. Auch die Kalkuttakonkurrenz macht dem Dundeewarenmarkt momentan viel zu schaffen; es kommen immer größere Quantitäten Kalkuttaware auf den englischen, wie auch auf den nord- und südamerikanischen Markt.

Für Kalkuttaware ist der Markt momentan vollständig leblos, 10 oz 40 in Hessians notieren 37/— cif Dundee und greifbare Ware 48/6, wozu jedoch keine Nachfrage vorhanden ist.

Kürzlich wurde in Dundee unter der Firma „Jute-Industries Ltd." ein Syndikat gegründet. Diese Gesellschaft, die großes Aufsehen erregte, besteht aus sechs großen Jutewerken in Dundee mit einem Aktienkapital von 7 000 000 £.

Eine große Dundeefirma beabsichtigt in Brasilien eine Jutefabrik zu errichten, und hat eine Weberei in Dundee, die seit einiger Zeit stilliegt, zu diesem Zwecke angekauft.

Die Preisbewegung der letzten Wochen stellt sich wie folgt:

	Rohjute erste Marken Abldg. cif Dundee in £	1 Ball. fob Calcutta in Rupien	S. 6 Cops in Dundee per spyndel in s und d	Hessians 40 in 10½/20 oz in Dundee in d
29/9. 20.	58/—	88	6/—	7²⁴/₄₈
6/10. 20.	55/—	85	6/—	7¹⁸/₄₈
13/10. 20.	48/—	83	5/6	7
20/10. 20.	49/—	86	5/3	7
27/10. 20.	49/—	85	5/—	6¹²/₄₈
3/11. 20.	49/—	86	5/—	6³⁰/₄₈

	Linoleum Hess. Bas. 40 in 10 oz in d	Calcutta Hess. 40 in 10 oz cif Dundee in s und d	Calcutta Hess. 40 in 10 oz loco New York in cts	Indischer Wechselkurs in s und d
29/9. 20	10²⁴/₄₈	60/—	10,25	2/—
6/10. 20	10²⁴/₄₈	51/3	10,15	1/10½
13/10. 20	10²⁴/₄₈	42/6	8,35	1/8
20/10. 20	9⁴⁵/₄₈	42/—	8,70	1/8
27/10. 20	8³⁰/₄₈	42/—	8,—	1/8¼
3/11. 20	8³⁰/₄₈	37/—	8,—	1/8¼."

Rohkapok. Herr Direktor Cantzler, Potsdam, schreibt: Auf der Kapokeinschreibung in Amsterdam am 3. 11. war eine Menge von 7123 Ballen zum Verkauf gestellt und sind davon 3464 Ballen verkauft worden, während der Rest noch auf Lager behalten wurde. Die Preise bewegten sich für gereinigte Ware zwischen 35 bis 50 cents und für ungereinigte Ware betrug der durchschnittliche Preis 20 cents. Durch die erweiterte Einführung von Kapokreinigungsanlagen ist das Angebot in ungereinigter Ware d. h. Rohkapok mit Saatkörnern und Schalenresten ständig zurückgegangen und wäre es zu begrüßen, wenn diese maschinelle Vorreinigung weiter um sich griffe und sich in Zukunft überhaupt das Herüberbringen von ungereinigter Ware als unnötig erweisen würde. Nicht nur die Kapokwolle leidet auf dem Transport durch das Vorhandensein der Saat, indem sich ölige Bestandteile der Wolle mitteilen, sondern auch

die sehr wertvolle Saat selbst wird am besten bereits ganz frisch an Ort und Stelle schon gepreßt, da nur so die erste Pressung als Speiseöl usw. nutzbar gemacht werden kann. Dieser Wunsch gilt weniger für den Rohkapok von Java, wo dies durchschnittlich bereits geschieht, sondern namentlich für die Ware, die von den Philippinen wie auch von einigen Gegenden Südamerikas zur Verschiffung kommt.

Für den Weltkapokmarkt muß auch herbeigesehnt werden, daß sich endlich auch die britischen Kolonien und namentlich Britisch-Indien dazu entschließt, die Rohkapokbestände nicht mit Baumwoil-Aufbereitungsanlagen aufzubereiten, sondern mit rationellen, einfachen Ausschwingungsmethoden, die allein die notwendige Schonung der Faser gewährleisten. Auch die starke Pressung mit hydraulischen Anlagen ist unter allen Umständen zu vermeiden.

Die tschecho-slowakische Ein- und Ausfuhr über Hamburg. Aus dem Bericht über das erste Semester 1920 geht hervor, daß die stärkste Einfuhrpost Getreide und Mehl darstellt, deren Einfuhr im Jahre 1913 nur geringe Bedeutung hatte. Die zweite große Post bilden Metalle und Mineralien für die Metallindustrie, die jetzige Einfuhr ist jedoch kleiner als die des Jahres 1913. Die dritte Stelle nehmen Baumwolle und Baumwollabfälle in einem gegenüber 1913 größeren Umfange ein. An vierter Stelle stehen Fette und Pflanzen-, respektive animalische Öle verschiedener Art, in geringerem Ausmaße als in der Statistik des Jahres 1913. Die fünfte Stelle nehmen Dungmittel ein. Die entsprechende Rubrik der Statistik für 1913 weist ein viermal so großes Quantum aus. Dagegen wurden mineralische Öle in viel größerem Ausmaße eingeführt als im Jahre 1913. Die letzte größere Post in der Einfuhrstatistik bilden Pflanzen und Pflanzensamen, jedoch in achtmal kleinerem Maße als im Jahre 1913.

Die Gesamtmenge der Einfuhr im ersten Halbjahre 1920 beträgt 192 048 t gegenüber 341 935 t der gleichen Periode des Jahres 1913. Dabei müssen aber 46 680 t Getreide und 12 790 t Fett für die menschliche Ernährung von der jetzigen Einfuhrsumme abgerechnet werden, weil diese Posten in den Ziffern für 1913 nicht enthalten sind. Die künftige normale Einfuhr kann mit 400 000 t für ein Halbjahr abgegrenzt werden.

Die Statistik der Ausfuhr in dieser Periode weist als größte Post Zucker mit fast drei Viertel der gesamten Ausfuhr auf. Trotz der ungewöhnlich günstigen Situation für die Zuckerausfuhr finden wir in der entsprechenden Periode von 1913 eine viel größere Menge. An zweiter Stelle steht Holz und Zellulose, diese in weit größerer Menge als vor dem Kriege. Die dritte Ausfuhrpost ist Malz; die Ausfuhr war im Jahre 1913 fast viermal so groß. Die übrige Ausfuhr von Industrieprodukten ist nicht bedeutend und unterscheidet sich stark von der Ausfuhr des Jahres 1913. Bemerkenswert ist der jetzige Export von Maschinen und anderen Apparaten, der im Jahre 1913 ganz unbedeutend war.

Die gesamte Ausfuhr für das erste Semester 1920 beträgt 162 177 t gegen 361 667 t in der gleichen Periode des Jahres 1913. Unter Berücksichtigung der aus verschiedenen Gründen auszuscheidenden Posten kann man mit einer künftigen Ausfuhr von mindestens 600 000 t jährlich rechnen.

Das Minimum der künftigen tschecho-slowakischen Ein- und Ausfuhr über den Hamburger Hafen dürfte 1 400 000 t betragen. Diese Ziffern lassen die Arbeiten zwecks Sicherstellung einer besonderen Hafenanlage für die Tschecho-Slowakei und Begründung einer Seeschiffahrtsgesellschaft, welche diese Ein- und Ausfuhr zu besorgen haben wird, in einem besonderen Lichte erscheinen.

(Berichte aus dem neuen Staat nach „Obchodni komora" vom 15. 10. 20.)

Pomona Diamanten-Gesellschaft. Laut „Allg. Ztg. f. S.W.A." **fand am 30. 9. in Lüderitzbucht eine außerordentl. Hauptversammlung der Pomona Diamanten-Ges. statt, in welcher 20 843 Anteile** (also etwa zwei Drittel des gesamten Gesellschaftskapitals) vertreten waren. In Abwesenheit des Vorsitzenden des Aufsichtsrates führte Herr Dr. E. Lübbert den Vorsitz.

Aus dem Bericht der Gesellschaft geht hervor, daß eine Dividende für das Geschäftsjahr 1919 noch nicht erklärt werden konnte, da die durch die Regierung erzielten Verkaufserlöse erst bis Mai 1919 bekannt seien. Abgesehen hiervon sei es überhaupt unmöglich, eine Abrechnung für 1919 aufzustellen, da noch nicht feststehe, ob die der Gesellschaft für die Kriegsjahre noch zustehenden Beträge in bar oder, wie vom Premierminister angekündigt, in 4 %igen 30jährigen Unionsanleihen ausgekehrt werden würden.

Der Bericht gibt folgende Zahlenübersicht:

Vorhanden aus Gewinnen 1915—1917 84 000 £, dazu Überschüsse aus 1918 96 000 £, dazu Überschüsse aus 1919 schätzungsweise 175 000 £, Erlös aus den „Seitz"-Diamanten ca. 45 000 £.

Von diesem Gesamtbetrage von ca. 400 000 sind ca. 120 000 abzuziehen, da die Unionanleihe, die für fünf Jahre unübertragbar sein soll, nur mit etwa 70 % einzusetzen sein dürfte.

Um jedoch den Anteilinhabern sofort einen Betrag auszahlen zu können, wurde mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, jedem Anteilseigner auf seinen Antrag ein zinsfreies Darlehen zu gewähren, und zwar für jeden Anteil 8 £ in bar und 15 Anteile der Consolidated zu pari. Diese Auszahlung soll vom 15. 10. 20 bis zum 31. 1. 21 erfolgen, jedoch sollen Anteilseigner, die bis zum 31. 1. 21 von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht haben, auch nach Ablauf dieser Frist berechtigt sein, 15 Consolidatedanteile zu pari (= 1 £) als zinsfreies Darlehen zu erhalten. Eine Rückzahlung des Darlehens kann nur in einer Generalversammlung mit $^9/_{10}$ Stimmenmehrheit beschlossen werden, dürfte also praktisch nicht in Frage kommen.

Inflationen

ihre Entstehung, ihr Verlauf und ihre Heilung

an geschichtlichen Beispielen dargelegt

Die bei Gelegenheit des fünften Allgemeinen deutschen Bankiertages unter obigem Titel in Gemeinschaft mit dem „Wirtschaftsdienst" herausgegebene Sonderbeilage des „Bank-Archiv" war vergriffen. Da die Nachfrage aber anhielt, ist jetzt noch eine beschränkte Anzahl von Exemplaren nachgedruckt worden, die unmittelbar vom Verlag des „Bank-Archiv": Guttentag, Berlin W 10, Genthinerstr. 38, oder durch Vermittlung des Versandes des „Wirtschaftsdienst", Rothenbaumchaussee 12, bezogen werden können.

Schriftleitung und Verlag des „Wirtschaftsdienst".

Neueingänge

Einzusehen im Lesezimmer, Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8—4 Uhr

Allgemeines

„Der deutsche Regierungsentwurf für ein Weltarbeiterrecht." Eingel. v. Alfred Manes. Berlin: H. R. Engelmann 1920. 16 S. (Deutsche Liga f. Völkerbund. Flugschr. 12.)

Besprechung und Kommentar desselben.

„Jaaroverzichten van den handel in koloniale producten." 1919. Amsterdam: de Bassy 1920. (Bijlage van de „Indische Mercuur".)

Weltübersichten über Zucker, Kaffee, Tee, Tabak, Kautschuk, Kakao, Chinarinde u. Chinin, Kapok, Baumwolle, Seide, Wolle, Häute, Zinn, Silber u. a. m.

„Die [interne] Kontrolle im Bankbetrieb und ihre Bedeutung." Von Adolf Graf. Zürich: Schulthess 1920. 19 S. Aus: Schweizer. Handelswiss. Zeitschrift. (Mitteil. a. d. Handelswiss Seminar d. Univ. Zürich. H. 42.)

Technische Darstellung der Vorsichtsmaßregeln im internen Bankbetrieb.

„Die stillen Reserven bei der Aktiengesellschaft." Von H. Homberger. Zürich: Schulthess 1919. 23 S. (Aus: Schweizer. Handelswiss. Zeitschrift.) Mitteil. a. d Handelswiss. Seminar d. Univ. Zürich. H. 41.)

Eine theoretische Durchforschung des Problems der stillen Reserven in der A.-G. Bilanz, ihrer Bedeutung für die Wirtschaftlichkeit des Betriebs, ihrer Gefahren für den Aktionär.